

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

20. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 9. Mai 1967	Nummer 61
--------------	---	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
2120	10. 4. 1967	RdErl. d. Innenministers Gesundheitszeugnisse der Gesundheitsämter	582

I.

2120

Gesundheitszeugnisse der GesundheitsämterRdErl. d. Innenministers v. 10. 4. 1967 —
VI A 2 — 23.03.01**I. Allgemeines**

Die Landkreise und die kreisfreien Städte — Gesundheitsämter — sind durch das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens v. 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531) und seine Durchführungsverordnungen i. Verb. mit dem Gesetz über die Eingliederung staatlicher Sonderbehörden der Kreisstufe in die Kreis- und Stadtverwaltungen v. 30. April 1948 (GS. NW. S. 147 / SGV. NW. 2000) sowie durch eine Reihe von Einzelvorschriften zur Ausstellung von Gesundheitszeugnissen verpflichtet worden. Sie haben daher neben eigenen Angelegenheiten **Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten alter Art** zu erfüllen.

Der unter Teil II folgende **Katalog** enthält eine Zusammenfassung der Vorschriften, nach denen die Gesundheitsämter **verpflichtet** sind, auf Anfordern für den bezeichneten Personenkreis Gesundheitszeugnisse auszustellen. Er enthält jedoch keine ärztlichen Aufgaben, die den Gesundheitsämtern nach § 3 Abs. 1 Nr. I und II des Gesetzes v. 3. Juli 1934 obliegen; insbesondere sind die nach dem Bundesseuchengesetz auszustellenden Gesundheitszeugnisse sowie die Gutachten nach dem Schulpflichtgesetz in diesem Katalog nicht aufgeführt.

Neben den im Katalog aufgeführten Fällen haben die Gesundheitsämter Gesundheitszeugnisse auszustellen

a) **auf Ersuchen um Amtshilfe**, z. B. Einstellungsuntersuchungen sowie bei der gesundheitlichen Überwa-

chung der Angestellten, Arbeiter und anderen Arbeitnehmer des Landes nach dem Tarifrecht für den öffentlichen Dienst, von Behörden des Bundes nach den Beihilfevorschriften i. d. F. v. 28. 10. 1965 (GMBl. S. 383), von Finanzämtern nach meinem RdErl. über die Notwendigkeit von Badekuren v. 4. 1. 1966 (MBl. NW. S. 180 / SMBl. NW. 2120), von Behörden des Landes oder der Gemeinden (GV) bei der Beurteilung der Notwendigkeit einer kieferorthopädischen Behandlung nach der Beihilfeverordnung v. 9. April 1965 (GV. NW. S. 103 / SGV. NW. 20320) oder bei der Gewährung einer Pflegezulage an Ausgleichsberechtigte nach dem RdErl. d. Finanzministers NW v. 20. 5. 1954 (SMBl. NW. 623) i. Verb. mit § 317 LAG;

b) **auf Weisung des eigenen Dienstherrn**, z. B. bei Einstellungsuntersuchungen der Angestellten, Arbeiter und anderen Arbeitnehmer nach dem Tarifrecht für den öffentlichen Dienst, bei Gewährung von Landeshilfe für hochgradig Sehschwache nach dem RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 21. 5. 1962 (SMBl. NW. 21701) oder bei Feststellung der erheblichen Gehbehinderung nach dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr v. 27. August 1965 (BGBl. I S. 978).

Amtshilfe ist stets nur ergänzende Hilfe. Sie soll von der ersuchenden Behörde nur in **begründeten Ausnahmefällen** in Anspruch genommen werden, wenn diese aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht in der Lage ist, die erbetene Handlung selbst vorzunehmen oder von einem anderen Arzt bzw. Zahnarzt vornehmen zu lassen. Um Amtshilfe handelt es sich nicht, wenn die Hilfeleistung in Handlungen besteht, die die ersuchte Behörde nach Rechts- oder Verwaltungsvorschriften als eigene Aufgabe wahrzunehmen hat.

Der RdErl. v. 20. 10. 1964 (MBl. NW. S. 1678) wird hiermit aufgehoben.

II. Katalog**der von den Gesundheitsämtern auszustellenden Gesundheitszeugnisse**

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
1.1	Angestellte des Bundes, des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände, der bundesunmittelbaren und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) in der geltenden Fassung (SMBl. NW. 20310) sowie die entsprechenden Manteltarifverträge für Angestellte der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts
1.11		Personelle Maßnahmen	Dienstfähigkeit, Freisein von ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten	§ 7 Abs. 2 BAT ¹⁾
1.12		Kinderzuschlag an dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 31 Abs. 1 BAT i. Verb. mit den für Beamte des Bundes (s. Nr. 2.13.1) oder für Beamte des Landes (s. Nr. 2.23.1) geltenden Bestimmungen
1.13		Erkrankung während des Urlaubs	Arbeitsunfähigkeit	§ 47 Abs. 6 BAT ²⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
1.14		Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Angestellten, die	Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit	
1.14.1		den Rentenantrag schuldhaft verzögern oder nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind,		§ 59 Abs. 1 BAT
1.14.2		schwerbeschädigt sind		§ 59 Abs. 3 BAT
1.15		Beihilfen in Geburts-, Krankheits- und Todesfällen ^{3) 21)}	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)	§ 40 BAT, Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen an Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Anlernlinge v. 9. April 1965 (GV. NW. S. 108-SGV. NW. 2031). Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)
1.2	Arbeiter des Bundes, des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände, der gemeindlichen Arbeiter in Kernforschungseinrichtungen, der bundesunmittelbaren und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes — MTB II — v. 27. 2. 1964 (GMBL. S. 174) Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder — MTL II — v. 27. 2. 1964 (SMBL. NW. 20310) Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe — BMT — G II — v. 31. 1. 1962 (n. v.) Manteltarifverträge für Arbeiter der bundesunmittelbaren und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts
1.21		Personelle Maßnahmen	Dienstfähigkeit, Freisein von ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten	§ 10 Abs. 2 MTB II ¹⁾ § 10 Abs. 2 MTL II ¹⁾
1.22		Tätigkeit in einer Kernforschungsanlage	Nach gegebenem Anlaß im Rahmen von Vorschriften des Strahlenschutzrechts	Sondereinbarung gem. § 2 Buchst. 1 BMT-G für Arbeiter in Kernforschungseinrichtungen — gültig v. 1. 1. 1963 an — (n. v.)
1.23		Festsetzung eines geminderten Lohnes bei nicht-volleistungsfähigen Arbeitern	Grad der Leistungsfähigkeit	§ 25 Abs. 1 MTB II § 25 Abs. 1 MTL II § 20 Abs. 3 i. Verb. mit § 67 Nr. 8 BMT-G II ⁴⁾
1.24		Kinderzuschlag an dauernd erwerbsunfähige Kinder		§ 41 MTB II § 41 MTL II § 33 BMT-G II Tarifvertrag v. a) 3. 6. 1964 (GMBL. S. 322) — Bund —, b) 26. 5. 1964 (SMBL. NW. 203312) — Land —, c) 28. 7. 1958 i. d. F. der Tarifvertr. v. 25. 11. 1963 und 12. 6. 1964 (n. v.) — Gemeinden —, jeweils i. Verb. mit den für Beamte des Bundes (s. Nr. 2.13.1) oder für Beamte des Landes (s. Nr. 2.23.1) geltenden Bestimmungen

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
1.25		Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Arbeitern, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind oder — im gemeindlichen Bereich — den Rentenantrag schuldhaft verzögern	Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit	§ 62 Abs. 1 MTB II § 62 Abs. 1 MTL II § 56 Abs. 1 BMT-G II § 56 Abs. 1 BMT-G II
1.26		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen ^{a) 21)}	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)	§ 46 MTL II § 40 BMT-G II Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen an Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Anlernlinge v. 9. April 1965 (GV. NW. S. 108 / SGV. NW. 2031) Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes (s. Nr. 2.26)
1.3	Ausgleichsberechtigte	Gewährung von Kriegsschadenrente	Erwerbsunfähigkeit	§ 265 Abs. 5 Lastenausgleichsgesetz — LAG — v. 14. August 1952 (BGBl. I S. 446) Nr. I d. RdErl. d. Finanzministers v. 20. 5. 1954 (SMBI. NW. 623)
2.1	Beamte, Richter und Versorgungsempfänger des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			Bundesbeamtengesetz (BBG) i. d. F. d. Bek. v. 22. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1776) Bundespolizeibeamtengesetz — BPolBG — v. 19. Juli 1960 (BGBl. I S. 569) und die dazu ergangenen Änderungsgesetze
2.11.1		Berufung in das Beamtenverhältnis ⁶⁾ und Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit	Dienstfähigkeit	Nr. 1 zu § 27 DBG der Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes i. d. F. d. Bek. v. 28. Oktober 1950 (BGBl. I S. 733)
2.11.2		Versetzung bei Polizeidienstunfähigkeit	Polizeidienstunfähigkeit	§ 4 Abs. 2 und § 22 BPolG ⁷⁾
2.11.31		Entlassung ⁶⁾	Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 31 Abs. 1 Nr. 3 BBG § 42 Abs. 1 BBG
2.11.32			Polizeidienstunfähigkeit	§ 4 Abs. 2 BPolBG ⁷⁾ § 9 Abs. 1 BPolBG § 31 Abs. 1 Nr. 3 BBG § 42 Abs. 1 BBG
2.11.41		Zurruhesetzung	Dienstunfähigkeit	§ 43 Abs. 1 BBG
2.11.42			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 42 Abs. 1 BBG
2.11.5		Wiederberufung in das Beamtenverhältnis	Dienstfähigkeit	§ 45 Abs. 3 BBG
2.11.6		Fernbleiben vom Dienst ⁶⁾	Dienstunfähigkeit	§ 73 Abs. 1 BBG, Nr. 2 zu § 17 DBG der Verordnung zur Durchführung des Deutschen Beamtengesetzes i. d. F. d. Bek. v. 28. Oktober 1950 (BGBl. I S. 733)

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.12		Unfallfürsorge		Verordnung zur Durchführung des § 137 des Bundesbeamten-gesetzes (Heilverfahren) v. 2. Mai 1957 (BGBl. I S. 425) Allgemeine Verwaltungsvor-schriften (VV) zu den Abschnit-ten V und IX des Bundesbeam-tengesetzes und Richtlinien (RL) nach § 155 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes i. d. F. d. Bek. v. 17. 11. 1966 (GMBL. S. 584) § 14 DVO zu § 137 BBG ⁵⁾
2.12.1		Heilverfahren	Notwendigkeit einer ärzt-lichen Beobachtung	§ 2 DVO zu § 137 BBG ⁵⁾
2.12.21		Heilbehandlung	Notwendigkeit einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege	§ 137 Abs. 2 BBG § 5 DVO zu § 137 BBG
2.12.22			Notwendigkeit einer Badekur	§ 6 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ⁶⁾
2.12.3		Erstattung der Pflege-kosten	Notwendigkeit einer Pflegekraft	§ 138 Abs. 1 BBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ⁵⁾
2.12.4		Zuschlag zum Unfallruhe-gehalt	Hilflosigkeit	§ 138 Abs. 2 BBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ⁵⁾ § 12 Abs. 1 DVO zu § 137 BBG ⁶⁾
2.12.51		Unfallausgleich	Minderung der Erwerbs-fähigkeit	§ 139 Abs. 2 BBG RL Nr. 9 Abs. 1 zu § 139 BBG ⁶⁾
2.12.52			Änderung der Verhält-nisse, die für die Festset-zung maßgebend waren	§ 139 Abs. 3 BBG RL Nr. 9 Abs. 3 zu § 139 BBG ⁶⁾ RL Nr. 9 Abs. 5 zu § 139 BBG
2.12.6		Unterhaltsbeitrag	Minderung der Erwerbs-fähigkeit	§ 142 Abs. 5 BBG RL Nr. 2 Abs. 1 zu § 142 BBG ⁶⁾ § 19 Abs. 1 BPolBG
2.12.7		Abfindungsrente	Erwerbsunfähigkeit	§ 153 Abs. 1 Nr. 2 BBG
2.12.8		Wiederaufleben des Ver-sorgungsanspruchs nach seinem Verlust gem. § 163 BBG	Erneute Dienstunfähigkeit	§ 163 BBG VV Nr. 2 Buchst. a zu § 163 BBG ⁶⁾
2.13.1		Kinderzuschlag für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbs-unfähigkeit	§ 18 Abs. 3 Bundesbesoldungs-gesetz (BBesG) i. d. F. d. Bek. v. 18. Dezember 1963 (BGBl. I S. 916) und die dazu ergangenen Änderungsgesetze Nr. 7 zu § 18 BBesG der All-gemeinen Verwaltungsvorschrif-ten zu den §§ 6 bis 20 des Bundesbesoldungsgesetzes v. 9. 3. 1959 (GMBL. S. 134) ⁶⁾
2.13.2		Waisengeld für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbs-unfähigkeit	§ 164 Abs. 2 Ziff. 2 BBG RL Nr. 4 Abs. 3 zu § 164 BBG ⁶⁾
2.14.1		Erkrankung während des Urlaubs ⁶⁾	Dienstunfähigkeit	§ 9 Abs. 1 der Verordnung über den Erholungsurlaub der Bun-desbeamten und Richter im Bun-desdienst i. d. F. d. Bek. v. 15. Juni 1965 (BGBl. I S. 518) ²⁾
2.14.2		Urlaub für eine Heilkur	Notwendigkeit der Kur	§ 10 der Verordnung i. d. F. d. Bek. v. 15. Juni 1965 ²⁾
2.15		Erkrankung während der Prüfung	Nachweis der Erkrankung	Ausbildungs- und Prüfungsord-nungen

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.2	Beamte, Richter und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der anderen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts			Landesbeamtengesetz — LBG — i. d. F. d. Bek. v. 1. August 1966 (GV. NW. S. 427 SGV. NW. 2030)
2.21.1		Berufung in das Beamtenverhältnis ⁶⁾ und Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit	Dienstfähigkeit	VV 2.1 zu § 6 und VV 2 zu § 9 LBG der Verwaltungsverordnung zum beamtenrechtlichen Teil des Landesbeamtengesetzes v. 4. 1. 1966 (SMBL. NW. S. 190) SMBl. NW. 2030 ²⁰⁾ sowie Ausbildungs- und Prüfungsordnungen
2.21.2		Einstellung in den feuerwehrtechnischen Dienst		Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Feuerwehren (LVOFeu) i. d. F. v. 10. Juni 1966 (GV. NW. S. 384 SGV. NW. 20301) RdErl. d. Innenministers v. 26. 8. 1964 (SMBL. NW. 203015) u. v. 28. 8. 1964 (SMBL. NW. 2135)
2.21.21			Eignung für den Dienst in der Feuerwehr	§ 2 Abs. 1 Buchst. d. § 7. § 8 Abs. 1 Buchst. c u. § 13 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung v. 10. Juni 1966
2.21.30		Versetzung	Gesundheitliche Eignung	§ 28 LBG. VV 1.2 zu § 28 LBG ²⁰⁾
2.21.31		Entlassung ⁶⁾	Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 34 Abs. 1 Nr. 3 LBG § 45 Abs. 1 LBG
2.21.32			Polizeidienstunfähigkeit	§ 194 Abs. 2 LBG VV 1 zu § 194 LBG ¹⁴⁾
2.21.33		Erneute Berufung in das Beamtenverhältnis	Dienstunfähigkeit	§ 42 LBG. VV 2.1 zu § 42 ²⁰⁾
2.21.41		Zurruhesetzung	Dienstunfähigkeit	§ 46 Abs. 1 LBG
2.21.42			Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 45 Abs. 1 LBG
2.21.43			Polizeidienstunfähigkeit	§ 194 Abs. 2 LBG ¹⁴⁾
2.21.44			Richterdienstunfähigkeit	§ 60 Landesrichtergesetz v. 29. März 1966 (GV. NW. S. 217 SGV. NW. 312)
2.21.5		Wiederberufung in das Beamtenverhältnis	Dienstfähigkeit	§ 48 Abs. 3 LBG VV zu § 48 LBG
2.21.6		Fernbleiben vom Dienst ⁶⁾	Dienstunfähigkeit	§ 79 Abs. 1 LBG VV zu § 79 LBG ¹⁴⁾
2.22		Unfallfürsorge		Verordnung zur Durchführung des § 144 des Landesbeamtengesetzes (Heilverfahren) v. 24. Juni 1958 (GV. NW. S. 285 SGV. NW. 20323) Verwaltungsvorschriften (VV) und Richtlinien (RL) zu dem versorgungsrechtlichen Teil des Landesbeamtengesetzes v. 27. 8. 1962 (SMBL. NW. 20323) § 14 DVO zu § 144 LBG ⁶⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.22.1		Heilverfahren	Notwendigkeit einer ärztlichen Beobachtung	§ 2 DVO zu § 144 LBG
2.22.21		Heilbehandlung	Notwendigkeit einer Krankenhausbehandlung oder Heilanstaltspflege	§ 146 Abs. 2 LBG § 5 DVO zu § 144 LBG
2.22.22			Notwendigkeit einer Badekur	§ 6 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ⁸⁾
2.22.3		Erstattung der Pflegekosten	Notwendigkeit einer Pflegekraft	§ 147 Abs. 1 LBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ⁹⁾
2.22.4		Zuschlag zum Unfallruhegehalt	Hilflosigkeit	§ 147 Abs. 2 LBG § 11 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ⁹⁾ § 12 Abs. 1 DVO zu § 144 LBG ⁹⁾
2.22.51		Unfallausgleich	Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 148 Abs. 2 LBG RL 9.1 zu § 148 LBG ⁹⁾
2.22.52			Änderung der Verhältnisse, die für die Festsetzung maßgebend waren	§ 148 Abs. 3 LBG RL 9.3 und 9.5 zu § 148 LBG ⁹⁾
2.22.6		Unterhaltsbeitrag	Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 152 Abs. 5 LBG RL 2.1 zu § 152 LBG ⁹⁾
2.22.7		Unfall-Hinterbliebenenversorgung	Zusammenhang des Todes mit dem Unfall	§ 154 Abs. 1 LBG VV 3 zu § 154 LBG
2.22.8		Abfindungsrente	Erwerbsunfähigkeit	§ 163 Abs. 1 Ziff. 2 LBG VV 3 zu § 163 LBG ¹⁰⁾
2.22.9		Wiederaufleben des Versorgungsanspruchs nach seinem Verlust gem. § 172 LBG	Erneute Dienstunfähigkeit	§ 172 LBG VV 2 zu § 172 LBG
2.23.1		Kinderzuschlag für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 18 Abs. 3 Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen i. d. F. d. Bek. v. 19. August 1965 — LBesG 65 — (SGV. NW. 20320), zuletzt geändert durch Gesetz v. 14. Juni 1966 (GV. NW. S. 360) Nr. 7 Abs. 1 zu § 18 LBesG 60 der Besoldungsvorschriften — BV — v. 12. 10. 1962 (SMBL. NW. 20320) ⁹⁾
2.23.2		Waisengeld für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	§ 173 Abs. 3 LBG RL 3.2 zu § 173 LBG ⁹⁾
2.24.1		Urlaub		Verordnung über den Erholungsurlaub der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen i. d. F. d. Bek. v. 2. Januar 1964 (GV. NW. S. 5), geändert durch Verordnung v. 24. November 1964 (GV. NW. S. 338; SGV. NW. 20303)
2.24.11		Erkrankung während des Urlaubs ⁹⁾	Dienstunfähigkeit	§ 9 Abs. 1 der Verordnung v. 2. Januar 1964 ⁹⁾
2.24.12		Nichtanrechnung einer Heil- oder Badekur auf den Erholungsurlaub	Notwendigkeit der Kur zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	§ 10 Abs. 1 der Verordnung v. 2. Januar 1964 ¹¹⁾
2.24.13		Zusatzurlaub	Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 13 Abs. 2 der Verordnung v. 2. Januar 1964
2.24.2		Sonderurlaub		Verordnung über den Sonderurlaub der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen (SUrlV) i. d. F. d. Bek. v. 2. Januar 1967 (GV. NW. S. 13; SGV. NW. 20303)

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
2.24.21		Erkrankung während des Sonderurlaubs ⁶⁾	Nachweis der Erkrankung	§ 14 SUrlV ²⁾
2.25		Erkrankung während der Prüfung	Nachweis der Erkrankung	Ausbildungs- und Prüfungsordnungen
2.26		Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen ⁶⁾		Beihilfenverordnung (BVO) v. 9. April 1965 (GV. NW. S. 103/SGV. NW. 20320)
2.26.1			Zweifel über die Notwendigkeit und den angemessenen Umfang der beihilfefähigen Aufwendungen	§ 3 Abs. 2 BVO ⁴⁾
2.26.2			Aufwendungen für wissenschaftlich nicht anerkannte a) Heilmittel u. dgl. b) Heilbehandlung	§ 4 Nr. 6 Satz 3 BVO ⁴⁾ § 4 Nr. 9 letzter Satz BVO ⁴⁾
2.26.3			Notwendigkeit und Angemessenheit einer psychotherapeutischen Behandlung	§ 4 Nr. 9 Satz 3 BVO ⁴⁾
2.26.4			Notwendigkeit eines Sanatoriumsaufenthalts	§ 5 Abs. 1 BVO ⁴⁾
2.26.5			einer Heilkur	§ 6 Abs. 1 BVO ¹²⁾
2.26.6			einer Heilkur in einem Seeheilbad innerhalb der Zeit vom 15. Juni bis 15. September	§ 6 Abs. 3 BVO ¹²⁾
2.27		Übernahme von Versorgungslasten durch eine Versorgungskasse (Verpflichtungen aus dem Rechtsverhältnis zwischen Mitglied und Kasse)		Satzung der Rheinischen Versorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände v. 18. Juni 1958 (SGV. NW. 2022) Satzung der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände v. 16. Dezember 1958 (SGV. NW. 2022)
2.27.1			Gesundheitszustand; Dienstfähigkeit und Feststellung, ob vorzeitige Dienstunfähigkeit zu erwarten ist	§ 15 Abs. 5 der Satzung v. 18. Juni 1958 § 15 Abs. 5 der Satzung v. 16. Dezember 1958
2.27.2			Dienstunfähigkeit	§ 20 Abs. 1 der Satzung v. 18. Juni 1958 ¹³⁾ § 20 Abs. 1 der Satzung v. 16. Dezember 1958 ¹³⁾
2.3	Bezirksschornsteinfegermeister (s. unter Nr. 19.2)			
2.4	Binnenschiffer (s. unter Nr. 19.12)			
4	Desinfektoren	Zulassung zur Prüfung	Körperliche und geistige Eignung	§ 21 Abs. 2 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens v. 30. März 1935 (RMBl. S. 327)
5.1	Einbürgerungsbewerber und Familienangehörige von Einbürgerungsbewerbern	Einbürgerung	Gesundheitszustand	Nr. 5 der Ausführungsanweisung zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStaG) — RdErl. d. Innenministers v. 1. 8. 1959 (SMBl. NW. 102)

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
5.2	Erwerbsbeschränkte	Gewährung von Pauschbeträgen für Körperbehinderte nach dem Einkommensteuergesetz	Ausmaß der Minderung der Erwerbsfähigkeit	§ 1 der Verordnung über die Zuständigkeit für die Erteilung ärztlicher Bescheinigungen an Körperbehinderte nach dem Einkommensteuergesetz v. 3. Juli 1962 (GV. NW. S. 148; SGV. NW. 2120)
6.1	Fahrlehrer (s. unter Nr. 11.24)			
6.2	Fleischbeschauer und Trichinenschauer			Ausführungsbestimmungen B über die Ausbildung, die Prüfung und die Fortbildung in der Fleischschau und Trichinenschau — AB.B — Beilage 2 der Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes v. 1. November 1940 (RMBl. S. 289)
6.21		Zulassung zur Ausbildung als Fleischbeschauer	Körperliche Tauglichkeit, Vollbesitz der Sinne	§ 3 Abs. 4 Buchst. d der AB.B
6.22		Zulassung zur Ausbildung als Trichinenschauer	Körperliche Tauglichkeit, Vollbesitz der Sinne	§ 13 i. Verb. mit § 3 Abs. 4 Buchst. d der AB.B
6.3	Freiwillige Feuerwehr — Hauptberufliche Angehörige der — (s. unter Nr. 2.21.2 und Nr. 2.21.21, auch Nrn. 1.11 und 1.21)			
7	G 131 (Personen, die unter Art. 131 GG fallen)			Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (G 131) i. d. F. d. Bek. v. 13. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1685) und die dazu ergangenen Änderungsgesetze Verwaltungsvorschriften (VV) zur Durchführung der versorgungsrechtlichen Vorschriften des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen v. 9. 5. 1952 (GMBl. S. 81)
7.1		Unterhaltsbeitrag bei Familienzusammenführung	Körperliche oder geistige Gebrechlichkeit	§ 4 b Abs. 2 G 131 RdErl. d. Finanzministers v. 1. 10. 1959 (SMBl. NW. 20363)
7.2		Entlassung	Notwendigkeit der Beobachtung bei Zweifeln an der Dienstunfähigkeit	§ 5 Abs. 1 Nr. 2 G 131 § 35 Abs. 2 G 131 § 42 Abs. 1 BBG
7.3		Eintritt in den Ruhestand	Dienstunfähigkeit, falls ein zweifelsfreier Nachweis nicht bereits erbracht ist	§ 5 Abs. 1 Nr. 1 G 131 § 6 Abs. 2 G 131 § 35 Abs. 1 G 131 § 69 G 131 ¹⁵⁾
7.4		Unfallfürsorge	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.12)	§ 29 G 131 Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nr. 2.12)
7.5		Kapitalabfindung	Überprüfung des Gesundheitszustandes	§§ 43 bis 45 G 131 Abschnitt IV Nr. 2 Buchst. e der Richtlinien für die Durchführung der §§ 43 bis 45 des Gesetzes zu Artikel 131 GG (Kapitalabfindung) v. 7. 8. 1952 (GMBl. S. 210) i. d. F. d. RdSchr. v. 21. 4. 1958 (GMBl. S. 188)

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
7.6		Erlöschen des Anspruchs auf Übergangsbezüge für Angestellte und Arbeiter	Dienstunfähigkeit	§ 52 a Abs. 3 G 131 VV Nr. 6 Abs. 2 zu § 29 G 131 ¹⁵⁾
7.7		Wiederaufleben des Anspruchs auf Übergangsbezüge für Angestellte und Arbeiter	Wiedererlangung der Dienstfähigkeit	§ 52 a Abs. 3 G 131 VV Nr. 6 Abs. 2 zu § 29 G 131 ¹⁵⁾
7.8		Kinderzuschlag und Waisengeld für dauernd erwerbsunfähige Kinder	Wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nrn. 2.13.1 und 2.13.2)	§ 29 Abs. 1 G 131 Im übrigen wie bei Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Bundes (s. Nrn. 2.13.1 und 2.13.2)
8	Hebammen	Zulassung zur Berufsausbildung	Geistige und körperliche Tauglichkeit	§ 2 Abs. 4 Nr. 3 der Sechsten Verordnung zur Durchführung des Hebammengesetzes (Aus- und Fortbildung der Hebammen) v. 16. September 1941 (RGBl. I S. 561)
10	Juristen, Kandidaten für die juristischen Staatsprüfungen	Erkrankung während der Prüfung	Nachweis der Erkrankung	§§ 10 Abs. 4, 38 Abs. 1 der Juristenausbildungsordnung v. 24. Februar 1966 (GV. NW. S. 81) SGV. NW. 315)
11.1	Körperbehinderte (s. unter Nr. 5.2)			
11.2	Kraftfahrzeugführer			Straßenverkehrszulassungsordnung — StVZO — i. d. F. d. Verordnung zur Änderung von Vorschriften des Straßenverkehrsrechts v. 6. Dezember 1960 (BGBl. I S. 897) RdErl. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 31. 1. 1956 (SMBI. NW. 9210) RdErl. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 26. 1. 1959 (SMBI. NW. 9210)
11.21		Teilnahme am Verkehr; Einschränkung und Entziehung der Zulassung	Geistige oder körperliche Eignung	§ 3 Abs. 2 StVZO i. d. F. v. 6. Dezember 1960 ¹⁶⁾
11.22		Führen von Kraftfahrzeugen; bedingte Erteilung der Fahrerlaubnis	Geistige oder körperliche Eignung	§ 12 Abs. 1 StVZO ¹⁶⁾
11.23		Beförderung von Fahrgästen		
11.23.1		Erteilung der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	Geistige und körperliche Eignung	§ 15 e Abs. 1 Ziff. 3 StVZO ¹⁷⁾
11.23.2		Verlängerung der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	Geistige und körperliche Eignung	§ 15 f Abs. 2 StVZO ¹⁷⁾
11.23.3		Überwachung der Inhaber von Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung	Geistige oder körperliche Eignung	§ 15 i StVZO ¹⁸⁾
11.24	Fahrlehrer			Fahrlehrerverordnung v. 23. Juli 1957 (BGBl. I S. 769) i. d. F. d. Verordnung v. 7. Juli 1960 (BGBl. I S. 485)
11.24.1		Bewerbung um die Fahrlehrerlaubnis	Geistige und körperliche Eignung	§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und § 14 Nr. 2 der Fahrlehrerverordnung ¹⁹⁾
11.24.2		Entzug der Fahrlehrerlaubnis oder der Fahrlehrerlaubnis	Geistige oder körperliche Eignung	§ 11 Abs. 1 i. Verb. mit § 3 Abs. 1 Nr. 1 und § 14 Nr. 2 der Fahrlehrerverordnung ¹⁹⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
11.3	Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	Gewährung von Erholungsfürsorge	Notwendigkeit zur Erhaltung der Gesundheits- oder Arbeitsfähigkeit; Zweckmäßigkeit der beabsichtigten Erholung; Bedingtheit der Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bei Beschädigten	§ 27 a Abs. 2 Bundesversorgungsgesetz i. d. F. d. Zweiten Neuordnungsgesetzes v. 21. Februar 1964 (BGBl. I S. 102)
12	Lotsen (s. unter Nr. 19.13)			
13	Markscheider; Assessoren des Markscheidefachs	Zulassung als Markscheider	Körperliche Tauglichkeit (Grubentauglichkeit); Seh-, Farbenunterscheidungs- und Hörvermögen	§ 2 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes über die Zulassung als Markscheider v. 27. Juli 1961 (GV. NW. S. 240 SGV. NW. 75)
15	Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	Zulassung als Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur	Körperliche Eignung	§ 2 Abs. 2 Nr. 3 der Ersten Verordnung zur Durchführung der Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure in Nordrhein-Westfalen — 1. DVOzObVerm.-Ing. BO — v. 26. August 1965 (GV. NW. S. 246 SGV. NW. 7134)
18.1	Rheinschiffer (s. unter Nr. 19.11)			
18.2	Richter (s. unter Nrn. 2.1 und 2.2)			
19.1	Schiffsführer			
19.11	Rheinschiffer			Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten (EinführungsVO RheinSchPatentVO) v. 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 714), zuletzt geändert durch Verordnung v. 7. September 1961 (BGBl. II S. 1599) Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten (RheinSchPatentVO) v. 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 716), zuletzt geändert durch Verordnung v. 7. September 1961 (BGBl. II S. 1599)
19.11.1		Erwerb des Rheinschifferpatents	Körperliche Eignung	Artikel 3 der EinführungsVO RheinSchPatentVO § 4 Buchstabe b der RheinSchPatentVO
19.11.2		Erwerb des kleinen Patents	Körperliche Eignung	Artikel 3 der EinführungsVO RheinSchPatentVO § 6 Buchstabe b der RheinSchPatentVO
19.11.3		Erwerb des Sportschifferpatents	Körperliche Eignung	Artikel 3 der EinführungsVO RheinSchPatentVO § 6 a Buchstabe b der RheinSchPatentVO
19.12	Binnenschiffer			Verordnung über Befähigungszeugnisse in der Binnenschifffahrt (BSchPatentVO) v. 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 722)
19.12.1		Eignung zum Schiffsführer	Körperliche Eignung	§ 5 Abs. 1 der BSchPatentVO ⁴⁾
19.12.2		Entziehung des Befähigungszeugnisses	Körperliche Eignung	§ 7 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 1 der BSchPatentVO ⁴⁾
19.12.3		Eignung zum Schiffsführer nach Vollendung des 65. Lebensjahres	Körperliche Eignung	§ 7 Abs. 3 Satz 2 der BSchPatentVO ⁴⁾

Lfd. Nr.	Personenkreis	Anlaß der Untersuchung	Ärztliche Beurteilung	Grundlage
19.13	Lotsen	Eintragung in die Liste der Lotsengehilfen	Körperliche Eignung	Artikel 4 der Verordnung zur Einführung der Lotsenordnung für den Oberrhein v. 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 703) § 4 Abs. 1 Buchst. d) der Lotsenordnung für den Rhein zwischen Basel und Mannheim-Ludwigshafen v. 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 705)
19.2	Schornsteinfeger			Verordnung über das Schornsteinfegerwesen i. d. F. v. 12. November 1964 (BGBl. I S. 874)
19.21		Bestellung als Bezirks-schornsteinfegermeister	Körperliche Eignung	§ 23 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung
19.22		Widerruf der Bestellung als Bezirksschornsteinfegermeister	Geistige oder körperliche Gebrechen	§ 44 Abs. 2 der Verordnung
19.3	Sportschiffer (s. unter Nr. 19.11.3)			
19.4	Steuerberater und Steuerbevollmächtigte	Erkrankung während der Prüfung	Nachweis der Erkrankung	§§ 18 Abs. 1 und 23 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Steuerberatungsgesetzes (DVStBerG) v. 1. August 1962 (BGBl. I S. 537)
20.1	Theater-(Bühnen-)meister und Beleuchtungsmeister	Zulassung zur Prüfung	Nachweis der körperlichen und geistigen Berufseignung	§ 11 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung über technische Bühnenvorstände v. 22. Juni 1960 (GV. NW. S. 195/SGV. NW. 232)
20.2	Trichinenschauer (s. unter Nr. 6.22)			
21	Unternehmer des Güter- und Möbelfernverkehrs	Übertragung eines Unternehmens	Gebrechlichkeit	§ 9 Abs. 2 Satz 2 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) v. 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697), zuletzt geändert durch Gesetz v. 8. Juni 1964 (BGBl. I S. 345)
22.1	Versorgungsempfänger (s. unter Nrn. 2.1 und 2.2)			
22.2	Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge (s. Fußnoten 6 zu den Nrn. 2.1 und 2.2)			

¹⁾ Vertrauensarzt oder das Gesundheitsamt

²⁾ Arzt — auf Verlangen Amts- oder Vertrauensarzt

³⁾ Gilt auch für Angestelltenlehrlinge und Anlernlinge des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

⁴⁾ Amts- oder Vertrauensarzt

⁵⁾ Gilt auch für arbeiterrentenversicherungspflichtige Lehrlinge der Gemeinden, Gemeindeverbände, Sparkassen und sonstigen der arbeitsrechtlichen Vereinigung angehörenden Körperschaften

⁶⁾ Gilt auch für Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge, die sich in der Ausbildung für einen Beamtenberuf befinden

⁷⁾ Amtsarzt: im Bundesgrenzschutz beamteter Grenzschutzarzt

⁸⁾ Amtsarzt: beamteter Arzt oder von der Dienststelle allgemein oder im Einzelfall bezeichneter Arzt

⁹⁾ Amtsarzt, beamteter Arzt oder Vertrauensarzt — gegebenenfalls Facharzt —

¹⁰⁾ Amtsarzt, beamteter Arzt oder Vertrauensarzt

¹¹⁾ Amts-, Versorgungs- oder Vertrauensarzt

¹²⁾ Amtsarzt; bei Polizeivollzugsbeamten der Polizei(Vertrags-)arzt

¹³⁾ Amtsarzt, gegebenenfalls weiterer Amtsarzt oder Facharzt

¹⁴⁾ Amtsarzt oder beamteter Polizeiarzt

¹⁵⁾ Amtsarzt oder Versorgungsarzt

¹⁶⁾ Amts- oder Facharzt oder amtlich anerkannte medizinisch-psychologische Untersuchungsstelle oder amtlich anerkannter Sachverständiger

oder Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr

¹⁷⁾ Amtsarzt oder hauptamtlich angestellter Betriebsarzt oder Facharzt oder amtlich anerkannte medizinisch-psychologische Untersuchungsstelle

¹⁸⁾ Amts- oder Facharzt oder amtlich anerkannte medizinisch-psychologische Untersuchungsstelle

¹⁹⁾ Amtsarzt oder Facharzt oder eignungs-technische Untersuchungsstelle

²⁰⁾ Amtsarzt; bei Polizeivollzugsbeamten auch Polizei(Vertrags-)arzt (VV 2.1 zu § 185 LBG)

²¹⁾ Gilt nicht für Angestellte und Arbeiter des Bundes

— MBl. NW. 1967 S. 582.

Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 oder auf das Girokonto 35415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.